

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Bericht über die aktualisierten Stabilitäts- und Konvergenzprogramme 2009/2010 der EU-Mitgliedstaaten

Inhaltsverzeichnis

	Seite
I Einleitung	1
II Überblick über die Stabilitäts- und Konvergenzprogramme	2
III Zu den einzelnen Stabilitätsprogrammen	6
IV Zu den einzelnen Konvergenzprogrammen	11
V Stabilitäts- und Konvergenzprogramme 2009/2010 im Überblick	14

I Einleitung

Mit Beginn der 3. Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) am 1. Januar 1999 sind die Geld- und die Wechselkurspolitik von zunächst elf EU-Mitgliedstaaten aus der nationalen in die gemeinschaftliche Verantwortung übergegangen. Um realwirtschaftliche Verwerfungen innerhalb der WWU zu vermeiden und die Stabilität der gemeinsamen Währung zu sichern, sieht der Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) und der Stabilitäts- und Wachstumspakt eine verstärkte haushaltspolitische Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken der Mitgliedstaaten der Europäischen Union (Mitgliedstaaten) vor. Dazu gehört die Vorlage jährlich aktualisierter Stabilitäts- und Konvergenzprogramme durch die Mitgliedstaaten. Nach der Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken erstellen die mittlerweile 16 Mitgliedstaaten, die den Euro eingeführt haben, Stabilitätsprogramme, die anderen Mitgliedstaaten

Konvergenzprogramme. In den Programmen legen die Mitgliedstaaten unter anderem Informationen zur Entwicklung des Haushaltssaldos und der Staatsverschuldung, zu den makroökonomischen Annahmen ihrer Haushaltsplanungen, zur langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen und zu den wichtigsten finanz- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen vor.

Die Stabilitäts- und Konvergenzprogramme müssen der Europäischen Kommission (EU-Kommission) in der Regel bis 1. Dezember eines jeden Jahres vorliegen. Vor dem Hintergrund der in 2009 eröffneten Defizitverfahren für achtzehn Mitgliedstaaten und der infolge dessen erteilten Ratsempfehlungen gemäß Artikel 126 Absatz 7 AEUV zur Beseitigung der übermäßigen Defizite wurde der Termin zur Vorlage der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme auf Ende Januar 2010 verschoben. Damit erhielten die Mitgliedstaaten die Gelegenheit, in einem gesonderten Kapitel der Programme über die zur Umsetzung der Ratsempfehlungen ergriffenen Maßnahmen zu berichten und ihre Konsolidierungsstrategien darzustellen. Derzeit befinden sich alle Mitgliedstaaten mit Ausnahme von Luxemburg, Estland und Schweden im Defizitverfahren, darunter Ungarn seit 2004 und das Vereinigte Königreich seit Juli 2008.

Der Berichtszeitraum der jüngsten Aktualisierungen der Programme der Mitgliedstaaten umfasst die Jahre 2010 bis 2013. Grundlage der aktuellen Programme der einzelnen Mitgliedstaaten ist das makroökonomische Szenario der EU-Kommission vom Herbst 2009. Die einleitende Zusammenfassung dieses Berichts (Kapitel II) basiert jedoch aus Gründen der Aktualität auf der Frühjahrsprognose 2010 der EU-Kommission. Dagegen sind die in den Länderabschnitten (Kapitel III und IV) genannten Zahlen den jeweiligen Stabilitäts- und Konvergenzprogrammen bzw. der der Bewertung zugrunde liegenden Herbstprognose der EU-Kommission entnommen, um den Bezug zu den vorgestellten länderspezifischen Empfehlungen zu sichern.

Die EU-Kommission analysiert die Programme im Hinblick auf die inhaltlichen und formalen Vorgaben, leitet ihre Bewertungen dem Rat der Wirtschafts- und Finanzminister (ECOFIN-Rat) zu und veröffentlicht sie. Der ECOFIN-Rat hat am 16. Februar 2010 Griechenlands Programm, am 17. April 2010 die Programme von 25 weiteren Mitgliedstaaten und am 8. Juni 2010 Zyperns Programm erörtert und Stellungnahmen hierzu abgegeben¹.

II Überblick über die Stabilitäts- und Konvergenzprogramme

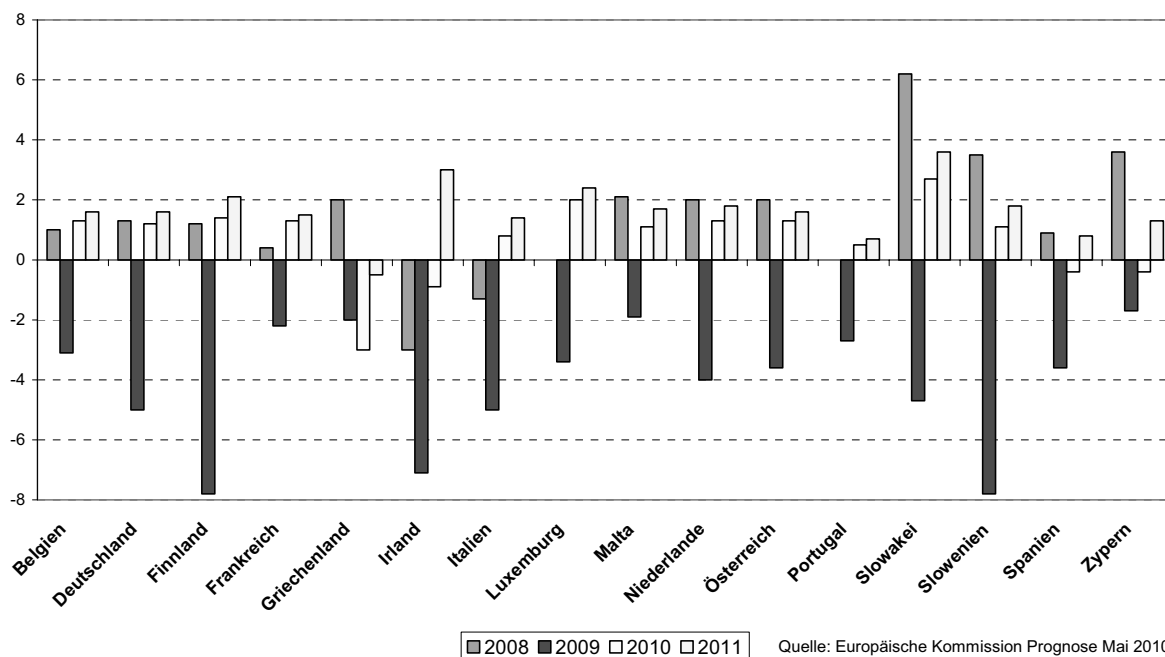
Nach einem starken Wachstumseinbruch des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Jahr 2009 (EU-27: -4,1 Prozent) erwartet die EU-Kommission laut ihrer Frühjahrsprognose für alle Euroländer eine leichte Erholung der gesamtwirtschaftlichen Dynamik im Jahr 2010 (0,9 Prozent) und 2011 (1,5 Prozent). Für das laufende Jahr rechnet die EU-Kommission in einigen Mitgliedstaaten weiterhin mit negativen bzw. stagnierenden BIP-Wachstumsraten: Griechenland (-3,0 Prozent), Irland (-0,9 Prozent), Spanien (-0,4 Prozent) und Zypern (-0,4 Prozent) in der Eurozone und Lettland (-3,5 Prozent), Litauen (-0,6 Prozent), Bulgarien (0,0 Prozent) und Ungarn (0,0 Prozent) außerhalb. Dagegen rechnet sie unter anderem für Deutschland (1,2 Prozent), Frankreich (1,3 Pro-

zent) und die Slowakei (2,7 Prozent) innerhalb der Eurozone sowie Polen (2,7 Prozent) und Schweden (1,8 Prozent) außerhalb mit einem positiven Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Aktivität.

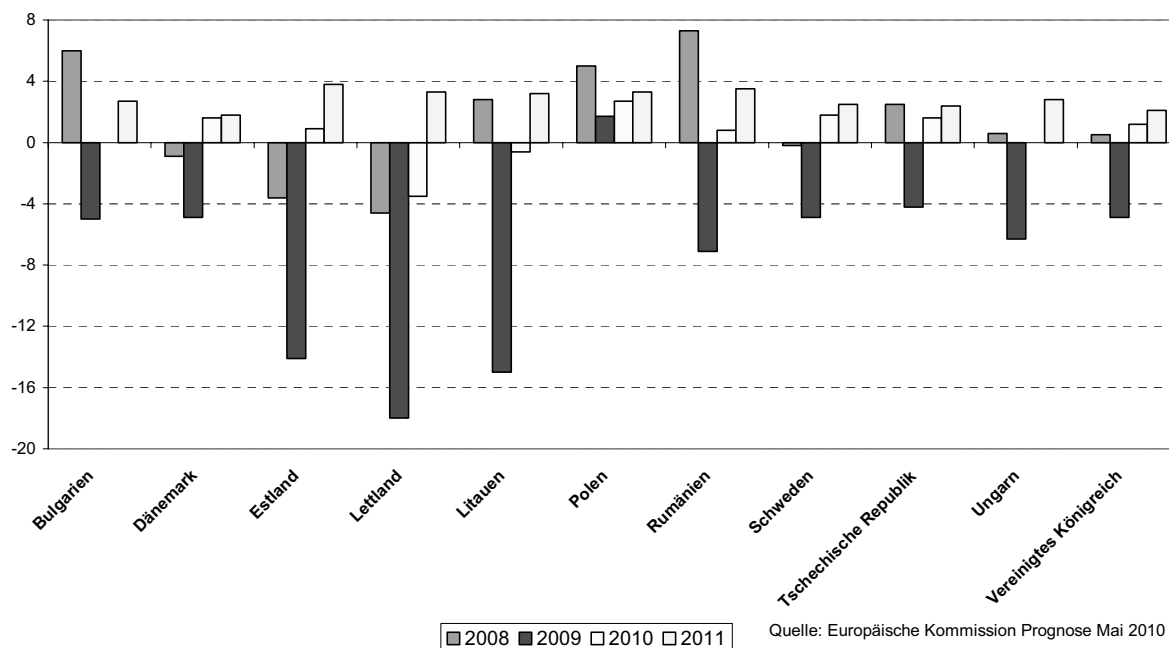
Die scharfe Rezession hat tiefe Spuren in den öffentlichen Haushalten der Mitgliedstaaten hinterlassen. Der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo in der Europäischen Union (EU) verschlechterte sich im Jahr 2009 auf -6,8 Prozent des BIP, nachdem noch im Jahr zuvor ein Wert unter dem Referenzwert des Maastricht-Vertrages von 3 Prozent des BIP ausgewiesen worden war (2008: -2,3 Prozent des BIP). Hierzu trug auch die umfangreiche Stützung der wirtschaftlichen Lage durch Konjunkturprogramme bei. Die Maßnahmen zur Finanzmarktstabilisierung beeinflussten den Finanzierungssaldo insbesondere im Vereinigten Königreich und Irland, da dort neben Garantien auch umfangreiche Kapitalzuschüsse der Regierungen an die nationalen Finanzinstitute Defizit erhöhend zu buchen waren. In diesem Jahr soll der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo unter der Annahme unveränderter Politiken laut Frühjahrsprognose der EU-Kommission weiter auf -7,2 Prozent des BIP steigen. Die nochmalige Verschlechterung des Defizits ist im Wesentlichen auf die auch im Jahr 2010 fortgeführten Maßnahmen im Bereich der Konjunkturstimulierung und Wachstumsbelebung zurückzuführen. Nicht zuletzt ist die Entwicklung aber auch von der nur schwachen Entwicklung der Inlandsnachfrage insbesondere in Mitgliedstaaten mit einem hohen Konsolidierungsbedarf und einer weiteren Verschlechterung der Situation am Arbeitsmarkt insbesondere in Spanien, Griechenland und Portugal geprägt.

¹ Die Ratsstimmungen zu den Programmen sind in deutscher Sprache auf der Internetseite des BMF zugänglich: http://www.bundesfinanzministerium.de/nn_54/DE/BMF/_Startseite/Service/Downloads/node.html

Prozentuale Veränderung des realen BIP gegenüber Vorjahr in den Eurostaaten



Prozentuale Veränderung des realen BIP gegenüber Vorjahr in den Nicht-Eurostaaten

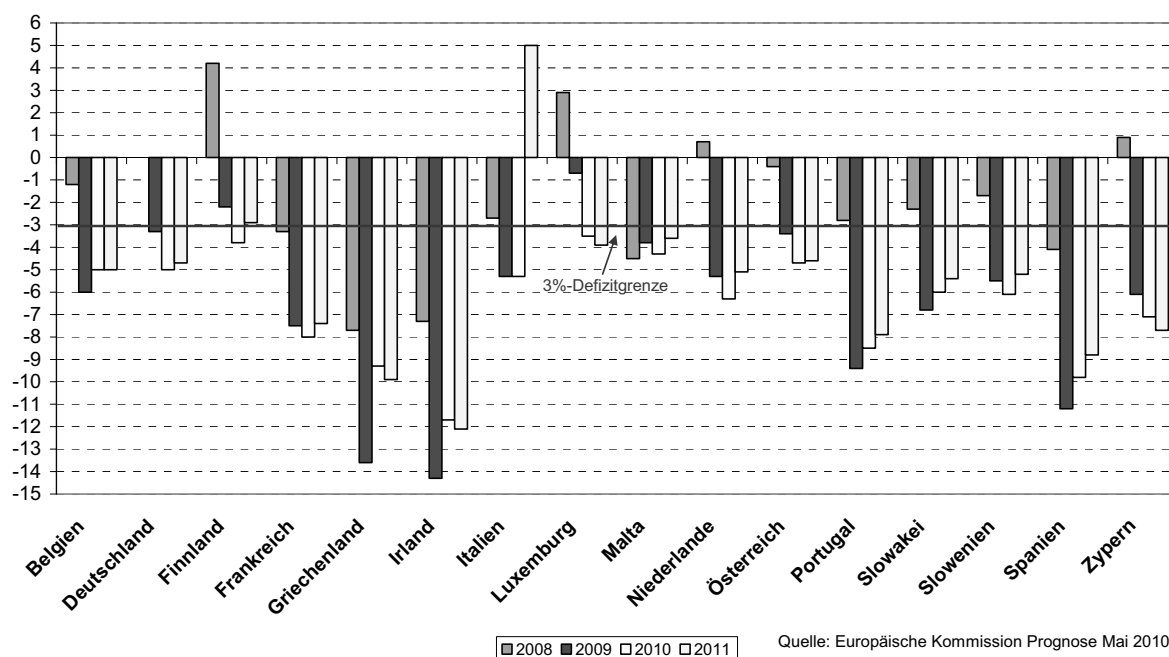


Angesichts des Ausmaßes der Krise und der resultierenden Einnahmeausfälle und Ausgabenanstiege zieht sich der anvisierte Abbau der Defizite in allen Mitgliedstaaten hin. Überschüsse werden bis 2011 für keinen Mitgliedstaat prognostiziert. Allerdings befinden sich laut Frühjahrsprognose der EU-Kommission die Defizite folgender Staaten nahe oder unter dem Referenzwert des Maastricht-Vertrages (jeweils in Prozent des BIP): Estland (2009: -1,7 Prozent; 2010: -2,4 Prozent; 2011: -2,4 Prozent), Schweden (2009: -0,5 Prozent; 2010: -2,1

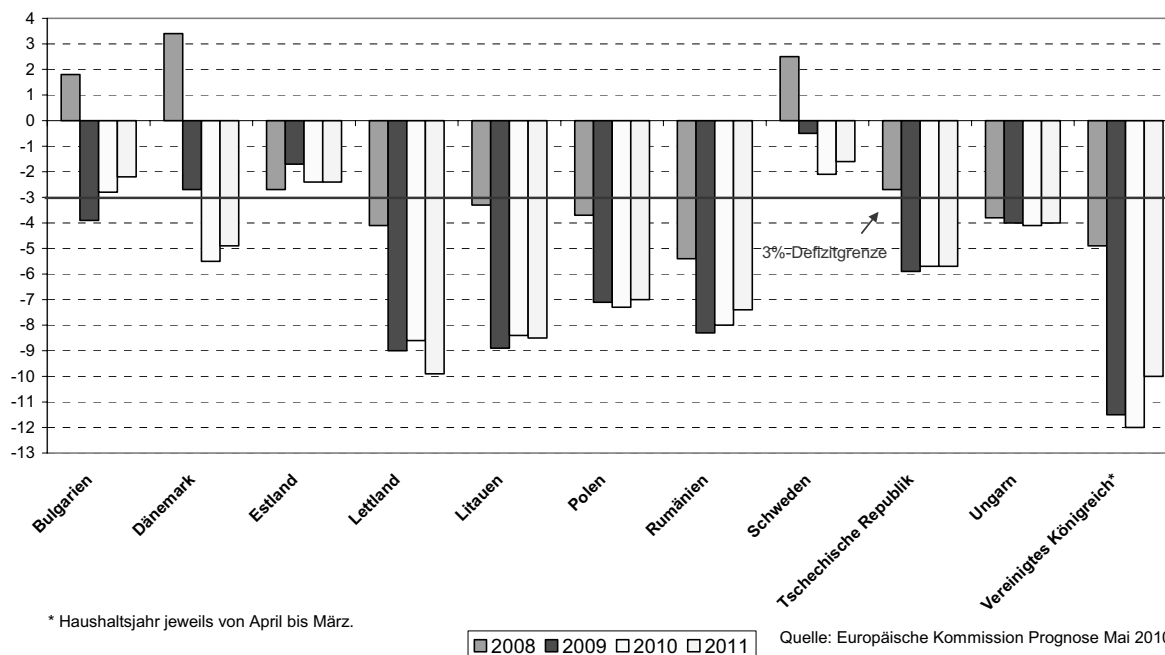
Prozent; 2011: -1,6 Prozent) und Luxemburg (2009: -0,7 Prozent; 2010: -3,5 Prozent; 2011: -3,9 Prozent²).

² Die nach Prognose-Schluss bereitgestellten Daten zu geplanten Konsolidierungsmaßnahmen Luxemburgs bringen nach Einschätzung der EU-Kommission ab 2011 das Defizit mit 2% Prozent des BIP wieder unter den Referenzwert von 3 Prozent des Maastricht-Vertrages. Nach einer aktuellen Meldung Luxemburgs wird das Defizit auch in 2010 unter 3 Prozent des BIP liegen.

Finanzierungssaldo in Prozent des BIP in den Eurostaaten



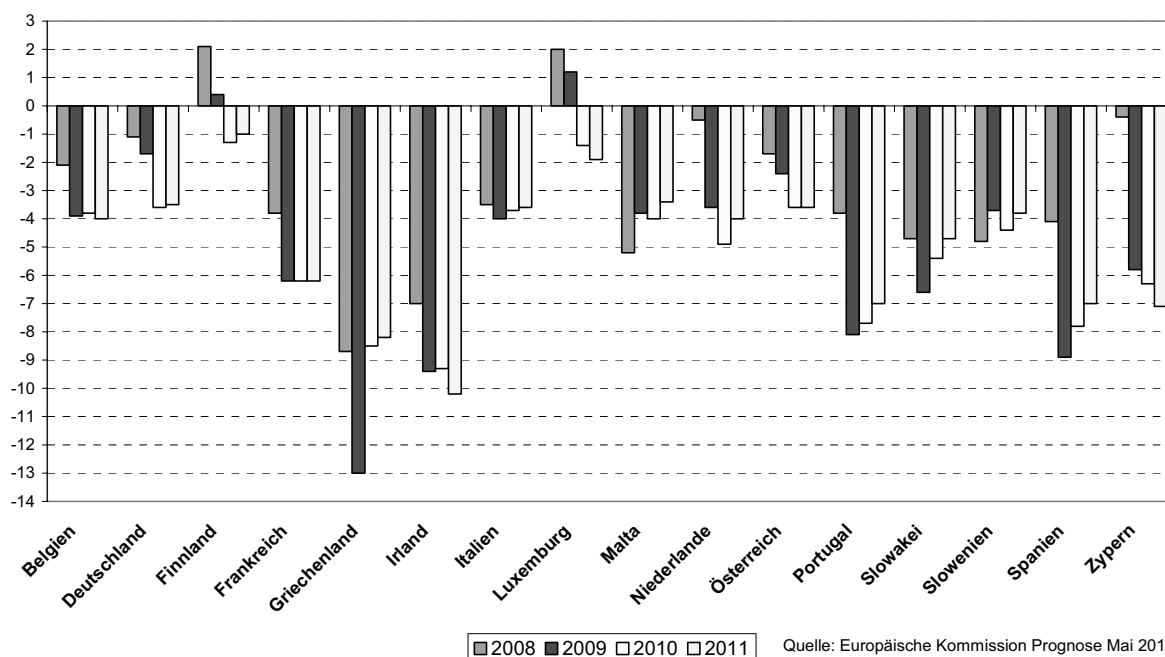
Finanzierungssaldo in Prozent des BIP in den Nicht-Eurostaaten



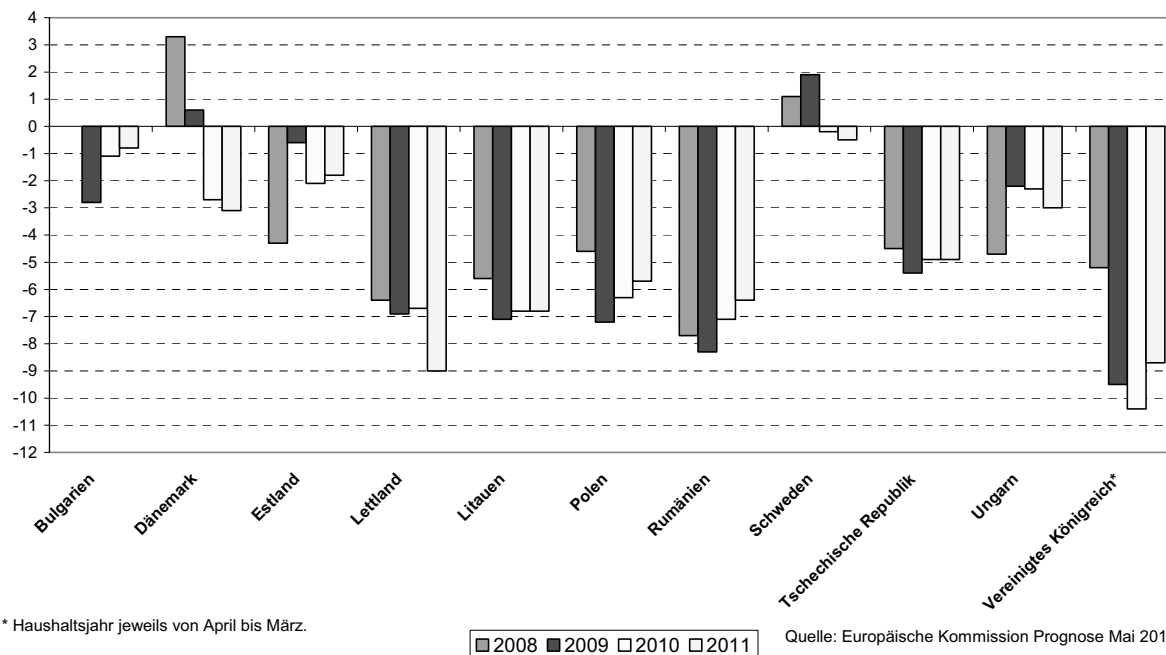
Auch hinsichtlich der strukturellen Finanzierungssalden (konjunkturbereinigt und ohne einmalige Effekte) rechnet die EU-Kommission in vielen Eurostaaten und in einigen Nicht-Eurostaaten mit einer weiteren Verschlechterung 2010 gegenüber 2009: In der Eurozone erwartet sie dagegen für Belgien, Griechenland, Irland, Italien, Portugal, Slowakei und Spanien eine Verbesserung. Das höchste strukturelle Defizit verzeichnete 2009 Griechenland, für

2010 das Vereinigte Königreich und für 2011 Irland. Die irische Regierung erwartet zwar nach einem strukturellen Defizit von bereits 9,4 Prozent des BIP im Jahr 2009 für 2010 eine Stagnation bei 9,3 Prozent des BIP, rechnet aber für 2011 mit einem weiteren Anstieg auf 10,2 Prozent des BIP. Das niedrigste strukturelle Finanzierungsdefizit weist Schweden 2010 und 2011 mit 0,2 Prozent bzw. 0,5 Prozent des BIP aus.

Struktureller Finanzierungssaldo in Prozent des BIP in den Eurostaaten



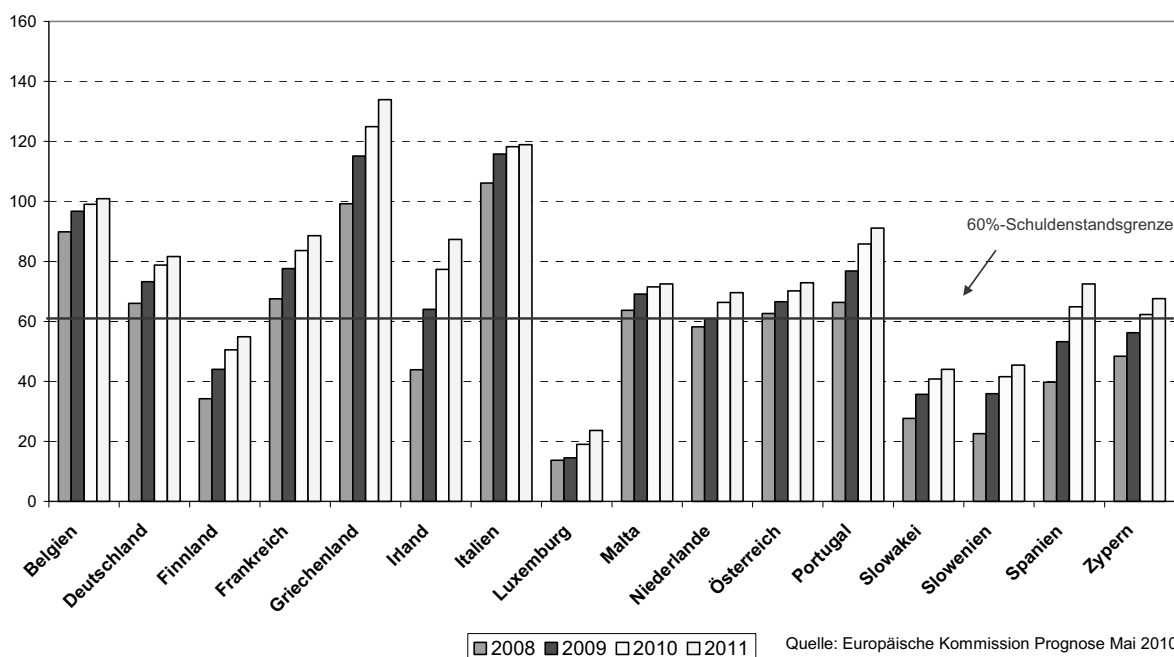
Struktureller Finanzierungssaldo in Prozent des BIP in den Nicht-Eurostaaten



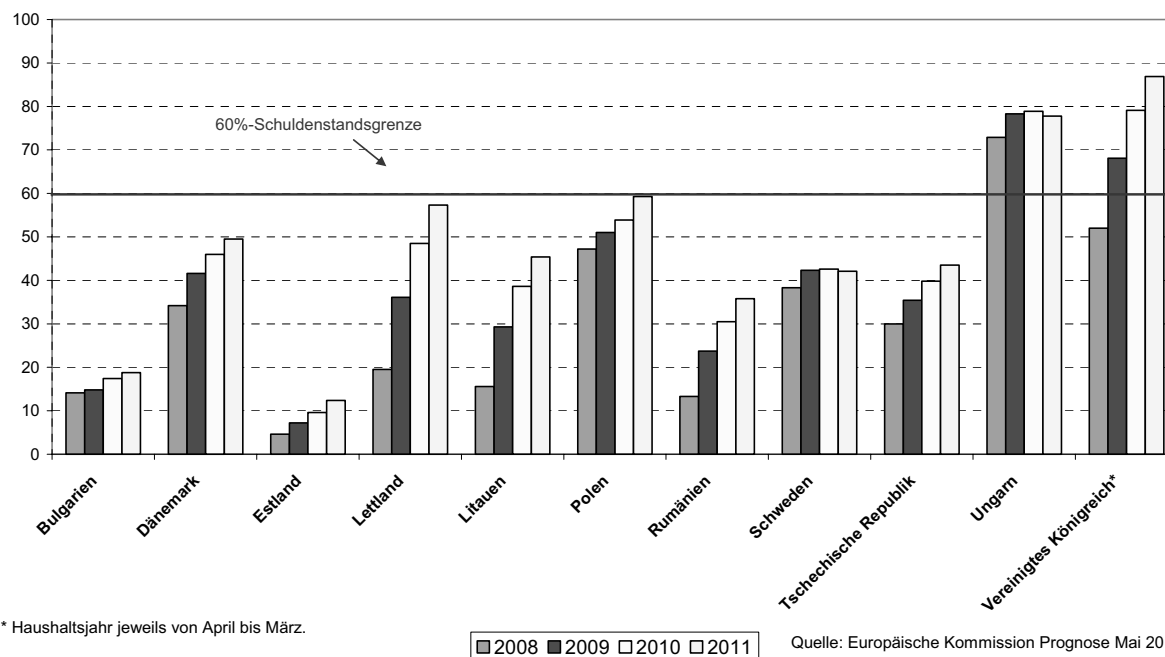
Die Schuldenstände in Relation zum BIP sind 2009 infolge der Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise stark angestiegen. Auch im laufenden Jahr geht die EU-Kommission für kein Mitgliedstaat von einem Abbau aus. Nur für Schweden rechnet die EU-Kommission mit einer Stagnation des Schuldenstands (2009: 42,3 Prozent und 2010: 42,6 Prozent des BIP). Auf niedrigem Niveau (d. h. deutlich unter dem Referenzwert des Maastricht-Vertrages von 60 Prozent des BIP) befinden sich in der Eurozone Finnland, Luxemburg, die Slowakei und Slowenien. Bei den Nicht-Eurostaaten bewegen sich bis auf Ungarn

und das Vereinigte Königreich alle Staaten unter dem Referenzwert von 60 Prozent des BIP. Die Schuldenstände von Deutschland und Frankreich liegen zwischen 70 Prozent und 80 Prozent des BIP mit steigender Tendenz. Die öffentlichen Schuldenstände von Griechenland und Italien werden von der EU-Kommission deutlich über 100 Prozent des BIP prognostiziert. Starke Zunahmen verzeichnen Irland und Spanien in der Eurozone sowie Lettland, Litauen und das Vereinigte Königreich bei den Nicht-Eurostaaten.

Schuldenstand in Prozent des BIP in den Eurostaaten



Schuldenstand in Prozent des BIP in den Nicht-Eurostaaten



III Zu den einzelnen Stabilitätsprogrammen

Belgien

Nachdem auch Belgien 2009 im Rahmen des Europäischen Konjunkturprogramms die Fiskalpolitik expansiv ausgeweitet hat, wird der hauspolitische Kurs 2010 und 2011 nach Einschätzung der EU-Kommission restriktiver sein. Die Erfüllung der Auflagen und Einhaltung der Korrekturfrist in 2012 wird daher angenommen. Mit einer Absenkung der Verschuldungsquote von über 100 Prozent des BIP ist allerdings erst ab 2012 zu rechnen.

Der Rat fordert Belgien auf: i) die Einhaltung des im Programm festgelegten Defizitziels für 2010 zu gewährleisten, die Maßnahmen zur Erreichung der Haushaltsziele ab 2011 näher darzulegen, um die empfohlene jährliche strukturelle Haushaltsanpassung von durchschnittlich 0,75 Prozent des BIP zu erreichen, und bereit zu sein für eine Verstärkung der Konsolidierungsanstrengungen, wenn Risiken eintreten, die sich aus dem Umstand ergeben, dass dem Programm ein günstigeres Szenario zugrunde liegt als der Empfehlung gemäß Artikel 126 Artikel 7 AEUV, und alle über die Konsolidierungsanstrengungen hinausgehenden Möglichkeiten, einschließlich der durch bessere wirtschaftliche Bedingungen gegebenen Möglichkeiten, zu nutzen, um die Bruttoschuldenquote schneller auf den Referenzwert von 60 Prozent des BIP zurückzuführen, ii) auf mittlere Sicht für hohe Primärüberschüsse zu sorgen und Strukturreformen durchzuführen, um die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu verbessern, iii) die Qualität der öffentlichen Finanzen zu verbessern durch Annahme eines strengeren Haushaltsrahmens einschließlich durchsetzbarer mehrjähriger Ausgabenobergrenzen.

Deutschland

Das Stabilitätsprogramm sieht für die Jahre 2010 und 2011 aufgrund der verschlechterten gesamtwirtschaftlichen Lage und der Maßnahmen, die eingeleitet wurden, um dem rapiden Konjunkturabschwung entgegenzuwirken, ein Haushaltsdefizit von 5½ Prozent und 4½ Prozent des BIP vor. Bis 2013 soll das Defizit auf 3 Prozent des BIP zurückgeführt werden (nach 3½ Prozent im Jahr 2012). Unter Nutzung des Spielraums, über den Deutschland dank der in Zeiten günstiger Konjunktur vollzogenen Haushaltskonsolidierung und der Strukturreformen verfügte, wurden zwischen Herbst 2008 und Januar 2009 zwei umfangreiche Konjunkturpakete auf den Weg gebracht. Diese zielen vor allem auf steuerliche Entlastungen, private und öffentliche Investitionen, den verbesserten Zugang zu Finanzierungsquellen für Unternehmen, die Vermeidung von Entlassungen, die Verbesserung beruflicher Qualifikationen und die Unterstützung der Automobilindustrie ab. Allerdings haben diese Maßnahmen auch zu einer deutlichen Verschlechterung der Situation der öffentlichen Finanzen geführt; eine zügige und dauerhafte Haushaltskonsolidierung muss daher nach Beendigung der Krise wieder einsetzen.

Deutschland wird vom Rat aufgefordert: i) die konkreten Maßnahmen zu nennen, die notwendig sind, um die geplante Konsolidierung abzusichern; die Haushaltsstrategie für den Zeitraum 2011 bis 2013 dem Programm entsprechend umzusetzen, um das übermäßige Defizit bis 2013 zu korrigieren; jede über die Konsolidierungsanstrengungen hinausgehende Möglichkeit, einschließlich der sich durch bessere wirtschaftliche Bedingungen ergebenden Möglichkeiten, zu nutzen, um die Bruttoschul-

denquote schneller auf den Referenzwert von 60 Prozent des BIP zurückzuführen; ii) die vollständige Einhaltung der neuen, im Grundgesetz verankerten Schuldenregel auf allen staatlichen Ebenen zu gewährleisten und die 2008 erfolgte Abweichung von der Rentenanpassungsformel wie geplant rückgängig zu machen.

Finnland

Nachdem Finnland im Rahmen des Europäischen Konjunkturprogramms diskretionäre Maßnahmen verabschiedet hat, sieht das Stabilitätsprogramm einen Anstieg des Haushaltsdefizits über den Referenzwert des Maastricht-Vertrages von 3 Prozent des BIP vor. Allerdings besitzt Finnland im Programmzeitraum dank seiner vorausschauenden Haushaltspolitik in guten Zeiten weiterhin eine Staatsschuldquote unter dem Referenzwert von 60 Prozent.

Der Rat fordert Finnland auf: i) die Finanzpolitik 2010 wie geplant in Einklang mit dem Europäischen Konjunkturprogramm durchzuführen und dabei sicherzustellen, dass die geplante Überschreitung des Referenzwerts von 3 Prozent des BIP in Grenzen gehalten wird und nur vorübergehend erfolgt; ii) zeitig Schritte zu unternehmen, um eine umfassende und konkrete mittelfristige Haushaltsstrategie für die Konsolidierung ab 2011 festzulegen, auch um das mittelfristige Ziel zu erreichen und die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen wiederherzustellen.

Frankreich

Die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise hat das Wachstum der französischen Wirtschaft im Jahr 2009 deutlich gebremst. Das französische Haushaltsdefizit wird sich daher laut EU-Kommission 2010 auf rund 8 Prozent des BIP verschlechtern. Der im Programm beschriebene Anpassungspfad soll zu einem Defizit von 3 Prozent des BIP im Jahr 2013 führen. Er basiert allerdings auf einem ausgesprochen günstigen makroökonomischen Szenario für den Zeitraum 2011 bis 2013.

Der Rat fordert Frankreich auf: i) während des gesamten Programmzeitraums unerwartete Mehreinnahmen, die aufgrund verbesserter makroökonomischer und haushaltspolitischer Perspektiven erzielt werden, sowie alle geplanten Steuermaßnahmen zu nutzen, um den Defizitabbau und die Rückführung der Bruttoschuldenquote in Richtung des Referenzwerts von 60 Prozent des BIP zu beschleunigen; ii) sich darauf einzustellen, weitere Konsolidierungsmaßnahmen zu beschließen, falls sich die Risiken konkretisieren, die daraus resultieren, dass dem Programm ein günstigeres makroökonomisches Szenario zugrunde liegt als der Empfehlung nach Artikel 126 Absatz 7 AEUV, und genauer darzulegen, welche Maßnahmen erforderlich sind, um im Zeitraum 2010 bis 2013 eine durchschnittliche jährliche Konsolidierungsanstrengung von über 1 Prozent des BIP zu gewährleisten und eine Korrektur des übermäßigen Defizits bis 2013 zu erreichen; iii) sicherzustellen, dass der Haushaltsrahmen, insbesondere auf der Ausgabe Seite, gestärkt wird und

– wie von der französischen Regierung vorgesehen – die Verwirklichung der skizzierten mittelfristigen finanzpolitischen Pläne auf allen Ebenen unterhalb der zentralstaatlichen Ebene effektiv unterstützt.

Griechenland

Die internationale Wirtschafts- und Finanzkrise erreichte das Land mit Verzögerung, aber mit gravierenden Auswirkungen für den griechischen Haushalt. Das Defizit war in 2009 das zweithöchste in der Eurogruppe (nach Irland). Die Konsolidierungsstrategie des Programms beruht im Wesentlichen auf einer deutlichen Ausgabenbeschränkung für die Jahre 2010 und 2011.

Der Rat hat am 16. Februar 2010 das aktualisierte Stabilitätsprogramm Griechenlands für den Zeitraum 2010 bis 2013 geprüft. Erstmals kam eine Kombination der Instrumente zur wirtschaftspolitischen Koordinierung zur Anwendung, sodass die Empfehlungen zum aktualisierten Stabilitätsprogramm Griechenlands mit denen der Vorgaben zur Rückführung eines übermäßigen Defizits verknüpft wurden. Zwar hat Griechenland in Einklang mit Artikel 126 Absatz 9 AEUV wirksame Maßnahmen ergriffen, jedoch sind nach der Inverzugsetzung unerwartete nachteilige wirtschaftliche Ereignisse mit sehr ungünstigen Auswirkungen auf die öffentlichen Finanzen eingetreten. Der Rat hat gemäß Artikel 5 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1467/97 des Rates auf Empfehlung der EU-Kommission eine geänderte Inverzugsetzung nach Artikel 126 Absatz 9 AEUV ausgesprochen. Der Ratsbeschluss vom 10. Mai 2010 sieht eine neue Frist zur Rückführung des übermäßigen Defizits unter den Referenzwert von 3 Prozent des BIP bis 2014 vor. Außerdem sollen Maßnahmen zur Verbesserung des strukturellen Saldos im Zeitraum 2009 bis 2014 im Umfang von mindestens 10 Prozent des BIP vorgenommen werden. Die neuen Empfehlungen fordern weiterhin umfangreiche strukturelle Reformen. Griechenland unterliegt ferner engen Berichtspflichten. Die detaillierten Empfehlungen stützen sich auf das Memorandum of Understanding, das die griechische Regierung im Rahmen der internationalen Hilfsaktion der Staaten der Eurozone und des Internationalen Währungsfonds (IWF) (zusammen bis zu 110 Mrd. Euro) unterzeichnet hat.

Irland

Nach mehr als zehn Jahren kräftigen Wirtschaftswachstums erlebt Irland eine ausdauernde Rezession. Im Zuge dieser Entwicklungen ist die Lage der öffentlichen Finanzen in Irland weiterhin schlecht, 2009 wurde nach der aktuellen Haushaltsmeldung mit 14,3 Prozent des BIP das höchste Defizit in der EU verzeichnet. Das irische Stabilitätsprogramm gibt jedoch eine klare Konsolidierungsstrategie vor und sichert so das Vertrauen der Finanzmärkte in die Umsetzung.

Der Rat fordert Irland auf: i) den Haushalt 2010 rigoros umzusetzen und die geplanten Konsolidierungspakete der nachfolgenden Jahre durch konkrete Maßnahmen im Rahmen einer umfassenden Konsolidierungsstrategie zu untermauern, um die empfohlene jährliche strukturelle

Haushaltsanpassung von durchschnittlich 2 Prozent des BIP gemäß der Empfehlung nach Artikel 126 Absatz 7 AEUV zu erreichen, und gleichzeitig bereit zu sein, weitere Konsolidierungsmaßnahmen zu verabschieden, falls Risiken aufgrund des günstigen makroökonomischen Szenarios des Programms eintreten; und – wie in der Empfehlung im Rahmen des Defizitverfahrens vorgeschrieben – alle über die Konsolidierungsanstrengungen hinausgehenden Möglichkeiten, einschließlich der sich durch bessere wirtschaftliche Bedingungen ergebenden Möglichkeiten, zu nutzen, um die Bruttoschuldenquote schneller auf den Referenzwert von 60 Prozent des BIP zurückzuführen; ii) in Anbetracht des projizierten signifikanten Anstiegs der alterungsbedingten Ausgaben sowie des für den Programmzeitraum erwarteten weiteren Schuldenanstiegs die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen durch weitere Rentenreformen zu verbessern; iii) die Risiken für die Anpassung zu begrenzen, die Durchsetzbarkeit des mittelfristigen Haushaltsrahmens zu stärken und die Einhaltung der Haushaltsziele über das gesamte Jahr hinweg genau zu verfolgen.

Italien

Der globale Abschwung schlägt in erheblichem Maße auf die italienische Wirtschaft durch. Vor diesem Hintergrund wird nach Kommissionseinschätzung das Haushaltsdefizit von 5,3 Prozent des BIP im Jahr 2009 voraussichtlich auch in 2010 in dieser Höhe bestehen bleiben. Die Staatschuldenquote wird bis 2011 auf rd. 118 Prozent des BIP ansteigen.

Italien wird aufgefordert: i) die geplante Haushaltsanpassung rigoros umzusetzen, insbesondere die Haushaltskonsolidierung 2010 wie geplant durchzuführen und die für 2011 und 2012 geplante Konsolidierung durch konkrete Maßnahmen zu untermauern und bereit zu sein, die erforderlichen Konsolidierungsmaßnahmen zu ergreifen, falls das der Empfehlung nach Artikel 126 Absatz 7 AEUV zugrunde liegende makroökonomische Szenario zutrifft; wie in der Empfehlung im Rahmen des Defizitverfahrens vorgeschrieben alle über die Konsolidierungsanstrengungen hinausgehenden Möglichkeiten, einschließlich der durch bessere wirtschaftliche Bedingungen gegebenen Möglichkeiten, zu nutzen, um die Bruttoschuldenquote schneller auf den Referenzwert von 60 Prozent des BIP zurückzuführen; ii) zu gewährleisten, dass durch die Umsetzung der Reform des Haushaltsverfahrens die Bedingungen für die Ausgabenkontrolle verbessert werden, das Ziel solider öffentlicher Finanzen aufrecht erhalten und durch die Vorschriften für den Fiskalföderalismus die Rechenschaftspflicht der Kommunalverwaltungen verbessert und die Effizienz gefördert wird.

Luxemburg

Der gesamtstaatliche Haushalt weist in 2009 und 2010 nach Jahren des Überschusses Defizite aus. Die laut Programmplanung vorgesehene Überschreitung des Referenzwertes des Stabilitäts- und Wachstumspakts betrach-

tet der ECOFIN als nur temporär³. Der öffentliche Schuldenstand ist, auch wenn er sich zwischen 2009 und 2010 erhöht, nach wie vor der niedrigste in der Eurozone (17,7 Prozent des BIP in 2011).

Der Rat fordert Luxemburg auf: i) ab 2011 mit der Haushaltskonsolidierung zu beginnen, um das Defizit unter den Schwellenwert von 3 Prozent des BIP zu senken und sich danach dem mittelfristigen Ziel anzunähern sowie die für diese Konsolidierung erforderlichen Maßnahmen konkret zu benennen und ii) in Anbetracht des projizierten bedeutenden Anstiegs der alterungsbedingten Ausgaben die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen durch eine Reform des Rentensystems zu verbessern und ein mittelfristiges Ziel festzusetzen, das die mit der Bevölkerungsalterung verbundenen Verbindlichkeiten in ausreichendem Umfang berücksichtigt.

Malta

Trotz des wieder leichten Wirtschaftswachstums in 2010 ist laut EU-Kommission nur ein marginaler Rückgang des Haushaltsdefizits von 4,5 Prozent des BIP auf 4,4 Prozent des BIP zu erwarten. Eine Unterschreitung des Referenzwertes von 3 Prozent des BIP tritt laut Prognose der EU-Kommission mit den im Programmzeitraum angeführten Konsolidierungsmaßnahmen bis 2011 nicht ein. Die öffentliche Schuldenstandquote steigt weiter an und wird 2010 mit rd. 71 Prozent des BIP deutlich über Referenzwert des Maastricht-Vertrages liegen.

Der Rat fordert Malta auf: i) das für 2010 verankerte Defizitziel von 3,9 Prozent des BIP zu erreichen, erforderlichenfalls mittels zusätzlicher Konsolidierungsmaßnahmen; die Strategie zur Senkung des Defizits unter 3 Prozent des BIP im Jahr 2011 durch konkrete Maßnahmen zu untermauern und zur Verabschiedung weiterer Konsolidierungsmaßnahmen bereit zu sein, falls Risiken aufgrund des im Vergleich zur Empfehlung nach Artikel 126 Absatz 7 AEUV günstigeren makroökonomischen Szenarios des Programms eintreten; die Strategie für 2012 erheblich zu verstärken, um für eine Anpassung in Richtung des mittelfristigen Ziels gemäß den Anforderungen des Stabilitäts- und Wachstumspakts zu sorgen; entsprechend der Empfehlung im Rahmen des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit über die Konsolidierungsanstrengungen hinaus alle Möglichkeiten zu nutzen, die sich beispielsweise aufgrund besserer wirtschaftlicher Bedingungen bieten, um die Bruttoschuldenquote auf den Referenzwert von 60 Prozent des BIP zurückzuführen. ii) in Anbetracht des projizierten signifikanten Anstiegs der alterungsbedingten Ausgaben die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen durch weitere Reformen des Sozialversicherungssystems zu verbessern; iii) die Verbindlichkeit des mittelfristigen Haushaltsrahmens zu stärken, die Kontrolle der Haushaltsausführung während des Jahres zu verbessern und die Effizienz der öffentlichen Ausgaben, insbesondere im Gesundheitswesen, zu steigern.

³ Luxemburg hat der EU-Kommission nach Aufforderung im Juni neue Haushaltsdaten für 2010 vorgelegt, nach denen für 2010 ein Defizit von 2,8 Prozent des BIP erwartet wird.

Niederlande

Aufgrund der erheblichen Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die niederländische Wirtschaft stieg laut EU-Kommission 2009 das Haushaltsdefizit nach Überschüssen in den Vorjahren auf 4,7 Prozent des BIP. 2010 wird mit einem weiteren Anstieg auf 6,1 Prozent des BIP gerechnet. Das Stabilitätsprogramm stellt für 2011 auf eine Reduzierung durch ein Konsolidierungspaket ab, welches durch ein moderates Wirtschaftswachstum unterstützt wird.

Die Niederlande werden vom Rat aufgefordert: i) im Rahmen der grundlegenden Haushaltsüberprüfung die Maßnahmen im Einzelnen zu nennen, die die Konsolidierung ab 2011 und vor allem in den darauffolgenden Jahren stützen werden, die Konsolidierungsanstrengung weiter zu verstärken, damit die erforderliche durchschnittliche jährliche haushaltspolitische Anstrengung, mit der das Defizit bis 2013 unter 3 Prozent des BIP gesenkt wird, gesichert wird, und während des gesamten Programmzeitraums Mehreinnahmen aufgrund besserer makroökonomischer und haushaltspolitischer Perspektiven zu nutzen, um den Defizitabbau und die Rückführung der Bruttoschuldenquote auf den Referenzwert zu beschleunigen; ii) die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen weiter zu verbessern und zu diesem Zweck Strukturreformen durchzuführen, die den projizierten Anstieg der alterungsbedingten Ausgaben eindämmen.

Österreich

Die Lage der öffentlichen Finanzen Österreichs hat sich im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise erheblich verschlechtert. Da die Maßnahmen gegen den Abschwung überwiegend unbefristet sind, muss Österreich ab 2011 konsequente Konsolidierungsmaßnahmen ergreifen. Im Stabilitätsprogramm wird ein 2011 einsetzender ausgabenseitiger Konsolidierungspfad vorgezeichnet, allerdings muss dieser noch durch konkrete Maßnahmen abgesichert werden.

Österreich wird vom Rat aufgefordert: i) die Maßnahmen zu konkretisieren, die für notwendig erachtet werden, um die geplante Konsolidierung ab 2011 abzusichern und so bis 2013 die empfohlene jährliche strukturelle Haushaltsanpassung von durchschnittlich 0,75 Prozent des BIP zu erreichen und das gesamtstaatliche Defizit unter den Referenzwert von 3 Prozent des BIP zurückzuführen; und – wie in der Empfehlung im Rahmen des Defizitverfahrens vorgeschrieben – alle über die Konsolidierungsanstrengungen hinausgehenden Möglichkeiten, einschließlich der sich durch bessere wirtschaftliche Bedingungen ergebenden Möglichkeiten, zu nutzen, um die Bruttoschuldenquote schneller auf den Referenzwert von 60 Prozent des BIP zurückzuführen; ii) den Haushaltsrahmen weiter zu verbessern, um die Haushaltsdisziplin auf allen Ebenen des Staates durch mehr Transparenz und Rechenschaftspflicht zu stärken, namentlich indem die Gesetzgebungs-, Verwaltungs- und Finanzierungsaufgaben der verschiedenen Regierungsebenen justiert und die Durchsetzungsmechanismen des österreichischen Stabilitätspakts ausgebaut werden.

Portugal

Nach einer Phase schwachen Wirtschaftswachstums wurde 2009 ein negatives BIP-Wachstum von 2,9 Prozent ausgewiesen. Die EU-Kommission erwartet für 2010 eine nur geringfügige Erholung mit einem BIP-Wachstum von 0,3 Prozent. Die portugiesische Haushaltssituation spiegelt die bereits vor der Krise bestehenden strukturellen Schwächen wider. Die im aktualisierten Stabilitätsprogramm genannten Maßnahmen sollen darauf abzielen, das öffentliche Defizit bis 2013 wieder unter den Referenzwert von 3 Prozent des BIP zurückzuführen und die gesamtstaatliche Schuldenquote auf rund 90 Prozent des BIP zu senken.

Der Rat fordert Portugal auf: i) das für 2010 festgesetzte Defizitziel von 8,3 Prozent des BIP zu erreichen und dazu erforderlichenfalls zusätzliche Maßnahmen zur Stärkung der Konsolidierung zu ergreifen; die Strategie zur Senkung des Defizits unter 3 Prozent bis 2013 durch die zeitnahe Umsetzung konkreter Maßnahmen zu unterstützen; bereit zu sein für eine Verstärkung der Konsolidierungsanstrengungen, wenn sich das gesamtwirtschaftliche Szenario als günstiger erweisen sollte als das der Empfehlung gemäß Artikel 126 Artikel 7 zu Grunde liegende Szenario und/oder Ziele verfehlt werden; neben Konsolidierungsanstrengungen alle sonstigen, sich z. B. aus besseren wirtschaftlichen Bedingungen ergebenden Möglichkeiten zu nutzen, um die Bruttoschuldenquote schneller auf den Referenzwert von 60 Prozent des BIP zurückzuführen; ii) einen wirksamen mehrjährigen Haushaltsrahmen umzusetzen, um die Einhaltung der Haushaltsziele im gesamten öffentlichen Sektor zu gewährleisten, und die Ausgaben mittelfristig streng zu begrenzen; iii) die Qualität der öffentlichen Finanzen im Einklang mit dem Programm zu verbessern und dazu insbesondere die Effizienz und Wirksamkeit der öffentlichen Ausgaben in den verschiedenen Bereichen staatlichen Handelns zu verbessern; das Problem defizitärer staatlicher Unternehmen entschieden anzugehen und bei der Bewertung der haushaltspolitischen Tragfähigkeit die mit öffentlich-privaten Partnerschaften verbundenen Zahlungsverpflichtungen und Risiken zu berücksichtigen; iv) die Konsolidierungsmaßnahmen mit Maßnahmen zur nachhaltigen Steigerung der Produktivität und des potenziellen BIP-Wachstums zu stützen, um die Wettbewerbsfähigkeit zu fördern und die erheblichen außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte zu verringern und somit auch zur Verbesserung der langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen beizutragen.

Slowakei

Die Slowakei plant eine erhebliche Konsolidierung der öffentlichen Finanzen mit dem Ziel, das Defizit bis 2012, also ein Jahr vor Ablauf der vom Rat gesetzten Frist, unter den Referenzwert von 3 Prozent des BIP zu senken. Die öffentliche Gesamtverschuldung bewegt sich nach einem deutlichen Anstieg in der Krise laut EU-Kommission bei voraussichtlich rund 43 Prozent und somit unter dem Referenzwert des Maastricht-Vertrages.

Der Rat fordert die Slowakei auf: i) die defizitsenkenden Maßnahmen im Jahr 2010 wie im Haushaltsplan vorgesehen umzusetzen und den Konsolidierungspfad für die Folgejahre durch konkrete Maßnahmen zu untermauern, um die Korrektur des übermäßigen Defizits möglichst bis 2012 und spätestens bis 2013 sicherzustellen; ii) die Reform des Rentensystems fortzusetzen, um die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu gewährleisten; iii) die geplanten Maßnahmen zur weiteren Stärkung des finanzpolitischen Rahmens durchzuführen und insbesondere durchsetzbare mehrjährige Ausgabenobergrenzen einzuführen.

Slowenien

Die Defizitquote soll sich dem Stabilitätsprogramm zufolge 2010 bei 7,0 Prozent des BIP stabilisieren, danach dank einer ausgabengestützten, auf die späteren Programmjahre konzentrierten Konsolidierung schrittweise zurückgehen und bis zum Jahr 2013 deutlich unter 3 Prozent des BIP sinken. Die gesamtstaatliche Schuldenquote soll von 35,1 Prozent des BIP im Jahr 2009 bis zum Jahr 2011 weiter ansteigen und sich dann bei etwa 48 Prozent des BIP laut EU-Kommission weitestgehend stabilisieren.

Slowenien wird vom Rat aufgefordert: i) die vorgesehenen Konsolidierungsmaßnahmen im Jahr 2010 konsequent durchzuführen, das Defizit bis 2013 wie geplant unter den Referenzwert von 3 Prozent des BIP zurückzuführen, indem die vorgesehenen Maßnahmen zur Eindämmung der Ausgaben im Einklang mit der empfohlenen durchschnittlichen jährlichen strukturellen Haushaltsanpassung gemäß der Ratsempfehlung nach Artikel 126 Absatz 7 AEUV im Einzelnen ausgeführt, beschlossen und durchgeführt werden, und bereit zu sein, weitere Konsolidierungsmaßnahmen zu ergreifen, falls die aufgrund des im Vergleich zur Empfehlung nach Artikel 126 Absatz 7 günstigeren makroökonomischen Szenarios des Programms gegebenen Risiken eintreten, ii) die Bemühungen um eine Verbesserung von Ausgabenkontrolle und Durchsetzbarkeit der mehrjährigen Haushaltspläne fortzusetzen und die Effizienz und Wirksamkeit der öffentlichen Ausgaben zu verbessern, iii) in Anbetracht des projizierten signifikanten Anstiegs der altersbedingten Ausgaben die Reform des Rentensystems weiterzuführen und ein ehrgeizigeres mittelfristiges Ziel festzusetzen.

Spanien

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat deutliche Spuren in den öffentlichen Finanzen Spaniens hinterlassen. Das Haushaltsdefizit erreichte in 2009 11,2 Prozent des BIP; für 2010 erwartet die EU-Kommission einen kaum erkennbaren Rückgang auf 10,1 Prozent des BIP. Die Staatsschuldenquote, 2008 noch unter 40 Prozent des BIP, wird der Prognose zufolge bis 2011 auf 74 Prozent des BIP ansteigen. Das aktualisierte Stabilitätsprogramm Spaniens beinhaltet eine Reihe von Konsolidierungsmaßnahmen, die bereits ab 2010 wirken und zur Rückführung

des öffentlichen Defizits auf 3 Prozent des BIP bis 2013 beitragen sollen.

Spanien wird vom Rat aufgefordert: i) die im Programm verankerten ehrgeizigen haushaltspolitischen Pläne rigoros umzusetzen, um das übermäßige Defizit bis 2013 zu korrigieren, indem sie auch für die Jahre nach 2010 durch konkrete Maßnahmen untermauert werden, und zur Verabschiedung weiterer Konsolidierungsmaßnahmen für den Fall bereit zu sein, dass Risiken eintreten, die sich aus dem Umstand ergeben, dass dem Programm ein günstigeres Szenario zugrunde liegt als der Empfehlung gemäß Artikel 126 Absatz 7 AEUV; und – wie in der Empfehlung im Rahmen des Defizitverfahrens vorgeschrieben – alle über die Konsolidierungsanstrengungen hinausgehenden weiteren Möglichkeiten, einschließlich der durch bessere wirtschaftliche Bedingungen gegebenen Möglichkeiten, zu nutzen, um die Bruttoschuldenquote schneller auf den Referenzwert von 60 Prozent des BIP zurückzuführen; ii) angesichts des projizierten Anstiegs der altersbedingten Ausgaben und des raschen Anstiegs der öffentlichen Schuldenquote die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu verbessern, indem insbesondere das Altersversorgungssystem gemäß den von der Regierung vorgelegten Vorschlägen reformiert wird; iii) sicherzustellen, dass der Haushaltsrahmen die Realisierung der festgelegten mittelfristigen haushaltspolitischen Pläne auf allen öffentlichen Verwaltungsebenen wirksam unterstützt, und die Einhaltung der Haushaltsziele im Jahresverlauf genau zu überwachen; iv) dafür zu sorgen, dass die Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen auch darauf ausgelegt sind, die Qualität der öffentlichen Finanzen weiter zu verbessern und dabei der Notwendigkeit weiterer wirtschaftlicher Anpassung zur Beseitigung bestehender makroökonomischer Ungleichgewichte Rechnung zu tragen.

Zypern

Die internationale Wirtschafts- und Finanzkrise erreichte Zypern zwar mit Verzögerung, führte in 2009 aber zu einem Defizit von 3,5 Prozent des BIP. Das Stabilitätsprogramm sieht eine Konsolidierungsstrategie vor, die eine deutlich positive Entwicklung der Wachstumsdaten voraussetzt. Demgegenüber erwartet die EU-Kommission für 2010 nur eine leichte Wirtschaftsbelebung mit einer BIP-Wachstumsrate von 0,1 Prozent und erst für 2011 eine höhere Wachstumsrate von 1,3 Prozent. Die gesamtstaatliche Schuldenquote erhöht sich weiter und wird voraussichtlich 2011 bereits über dem Referenzwert des Maastricht-Vertrages liegen.

Zypern wird vom Rat aufgefordert: i) das Defizit 2010 auf höchstens 6 Prozent des BIP zu begrenzen und dazu gegebenenfalls die Konsolidierungsmaßnahmen zu verstärken, vor allem falls die makroökonomische Entwicklung weniger günstig ausfällt als im Programmszenario vorgesehen, und rechtzeitig eine stärker auf die Ausgaben ausgerichtete Konsolidierungsstrategie festzulegen; über die angekündigte Anstrengung hinaus jede Gelegenheit zu ergreifen, um die Haushaltskonsolidierung und die Senkung der Bruttoschuldenquote in Richtung des Referenzwerts zu unterstützen.

renzwerts zu beschleunigen; ii) wie geplant einen wirksamen mehrjährigen Haushaltsrahmen umzusetzen, um die Einhaltung der Haushaltsziele zu gewährleisten, und die Ausgaben mittelfristig streng zu begrenzen; iii) die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen durch Umsetzung von Reformmaßnahmen zur Kontrolle der Ausgaben im Renten- und Gesundheitsbereich zu verbessern, um den projizierten Anstieg der alterungsbedingten Ausgaben einzudämmen.

IV Zu den einzelnen Konvergenzprogrammen

Bulgarien

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat Bulgarien nachgelagert erreicht. Die mittelfristige haushaltspolitische Strategie zielt darauf ab, bereits 2011 wieder ein Defizit unter dem Referenzwert des Maastricht-Vertrages zu erreichen.⁴ Die gesamtstaatliche Schuldenquote ist weiterhin die zweitniedrigste (nach Estland) in der EU.

Bulgarien wird vom Rat aufgefordert: i) mit Blick auf die Fortführung der derzeitigen Anpassung der Zahlungsbilanzungleichgewichte und die Erhaltung des Vertrauens der Investoren in die bulgarische Wirtschaft weiterhin seine strikte Finanzpolitik zu verfolgen und weitere Konsolidierungsmaßnahmen zu verabschieden, um das Programmziel für 2010 zu erreichen, und insbesondere das Lohnwachstum im öffentlichen Sektor einzudämmen, um zu allgemeiner Lohnzurückhaltung beizutragen und die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern; ii) die Effizienz der öffentlichen Ausgaben durch energische Umsetzung der geplanten Strukturreformen in den Bereichen öffentliche Verwaltung, Gesundheitswesen, Bildung und Renten zu verbessern, um die Produktivität zu steigern und nachhaltige Konvergenz innerhalb der Europäischen Union sicherzustellen.

Dänemark

Nachdem Dänemark jahrelang ein kräftiges Wirtschaftswachstum und ansehnliche Haushaltsüberschüsse zu verzeichnen hatte, musste es 2009 einen rapiden Konjunkturinbruch hinnehmen. Trotz des finanzpolitischen Konsolidierungskurses beträgt die Defizitquote 2010 laut EU-Kommission 4,8 Prozent des BIP. Sie sinkt allerdings 2011 auf 3,4 Prozent des BIP. Die gesamtstaatliche Schuldenquote ist weiterhin unter dem Referenzwert des Maastricht-Vertrages.

Dänemark wird vom Rat aufgefordert: i) die Anstrengungen zu verstärken, damit die geplante Überschreitung des Referenzwerts von 3 Prozent des BIP in Grenzen gehalten wird, sowie die projizierte Überschreitung des Defizit-Referenzwerts rasch zu korrigieren und ii) die Maßnahmen zu benennen, mit denen die haushaltspolitische Konsolidierung gestützt werden soll, damit das mittelfristige Ziel wie geplant bis 2015 erreicht wird.

⁴ Bulgarien hat nach Aufforderung durch die EU-Kommission im Juni neue Haushaltsdaten für 2010 vorgelegt, nach denen das Defizit in 2010 auf 3,8 Prozent geschätzt wird.

Estland

Estland erlebte in 2009 einen schweren Konjunkturabschwung, zu dem die globale Finanzkrise und die Abschwächung der Auslandsnachfrage beitrugen. In Anbetracht der wirtschaftlichen Umstände ist Estland die Konsolidierung seiner Staatsfinanzen 2009 entschlossen angegangen. Es ist neben Schweden das einzige Land mit einer konstant unter dem Maastricht-Referenzwert liegenden Defizitquote und in der EU der Staat mit der niedrigsten gesamtstaatlichen Schuldenquote.

Estland wird vom Rat aufgefordert: i) sicherzustellen, dass das gesamtstaatliche Defizit unter 3 Prozent des BIP bleibt, und die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um auf mittlere Sicht die angestrebte Rückkehr zum mittelfristigen Ziel zu stützen; ii) den mittelfristigen Haushaltsrahmen, insbesondere durch verbesserte Ausgabenplanung, zu verstärken und das System zur Überwachung der strategischen Ziele und der entsprechenden Berichterstattung weiter auszubauen.

Lettland

Lettland ist in der EU von der Finanz- und Wirtschaftskrise am schwersten getroffen worden. Die Defizitquote für 2009 lag bei 9 Prozent des BIP und bewegte sich damit im Rahmen der Konditionierung der Zahlungsbilanzhilfe vom Dezember 2008. Lettland unternimmt beträchtliche Anstrengungen zur Reduktion des Defizits und zur wirtschaftlichen Anpassung. Die gesamtstaatliche Schuldenquote ist allerdings in Folge der Krise stark gestiegen und rückt mittelfristig in Nähe des Referenzwertes des Maastricht-Vertrages.

Lettland wird vom Rat aufgefordert: i) den Haushaltsplan 2010, wie er am 1. Dezember 2009 verabschiedet wurde, konsequent einzuhalten und eine Reihe haushaltspolitischer Optionen für Einsparungen oder zusätzliche Einnahmen einzuplanen, um einen den Konsolidierungsbedürfnissen entsprechenden Haushaltsplan 2011 verabschieden zu können, und einen mit dem anvisierten haushaltspolitischen Kurs übereinstimmenden Haushaltsplan 2012 im Einklang mit der Empfehlung des Rates nach Artikel 104 Absatz 7 EUV⁵ zu verabschieden; ii) die für eine weitreichende Sozialversicherungsreform erforderliche gründliche, vorausschauende Analyse durchzuführen, damit die Reform im Laufe des Jahres 2011 zusammen mit weiteren Maßnahmen auf der Einnahmenseite verwirklicht werden kann; iii) die Haushaltsdisziplin und -transparenz zu verbessern, indem der Gesetzentwurf zur Stärkung der Haushaltsdisziplin verabschiedet, der verbindliche Charakter der mittelfristigen Haushaltsplanung bekräftigt und wirksame Sanktionen für die Veruntreuung öffentlicher Gelder eingeführt werden; die Kontroll-, Koordinierungs- und Sanktionsmechanismen zur Bekämpfung der Schattenwirtschaft auszubauen; iv) das Wirtschaftswachstum zu begünstigen, indem die Verlage-

⁵ Das Defizitverfahren wurde bereits im Februar 2009 eröffnet. Die vertragliche Grundlage war damals noch der Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft (EG-Vertrag).

rung hin zu handelbaren Gütern sowie Produktivitätssteigerungen gefördert werden und gewährleistet wird, dass die verfügbaren Mittel aus den EU-Strukturfonds bei der Realwirtschaft ankommen, sowie die staatlichen Banken rechtzeitig im Rahmen einer mittelfristigen Strategie zu restrukturieren.

Litauen

Litauen ist angesichts der erheblichen Verschlechterung der Wirtschaftslage die Konsolidierung seiner Staatsfinanzen entschlossen angegangen. Die litauische Wirtschaft ist im Begriff die schwere Rezession hinter sich zu lassen, auch wenn die Stabilisierung auf ein nur niedriges Niveau gelingt. Mit der 2009 vorgenommenen Haushaltskonsolidierung wurden die Finanzen der öffentlichen Hand in erheblichem Ausmaß an die niedrigeren, mittelfristigen Wachstumsprognosen angepasst. Die gesamtstaatliche Schuldenquote ist deutlich gestiegen, liegt aber mit rund 49 Prozent des BIP in 2011 unter dem Referenzwert des Maastricht-Vertrages.

Litauen wird vom Rat aufgefordert: i) 2010 zusätzliche Korrekturmaßnahmen über die konsequente Anwendung der im Haushaltsplan bereits vorgesehenen Maßnahmen hinaus zu erwägen, falls dies zur Verwirklichung der geplanten Konsolidierung notwendig werden sollte, ii) die Maßnahmen zu präzisieren, die notwendig sein werden, um die im Programmzeitraum erforderliche, vom Rat nach Artikel 126 Absatz 7 AEUV empfohlene Anpassung in vollem Umfang zu unterstützen, und darauf vorbereitet zu sein, weitere Konsolidierungsmaßnahmen zu ergreifen, falls Risiken aufgrund des im Vergleich zur Empfehlung nach Artikel 126 Absatz 7 optimistischeren makroökonomischen Szenarios des Programms tatsächlich eintreten, iii) die geplanten Sozialversicherungsreformen einschließlich der Rentenreform durchzuführen, um die mit dem prognostizierten erheblichen Anwachsen der Rentenausgaben in den kommenden Jahrzehnten einhergehenden hohen Risiken für die langfristige Stabilität der öffentlichen Finanzen zu verringern, iv) die Finanzdisziplin und Transparenz zu stärken, indem der mittelfristige Haushaltsrahmen gestärkt und die Verbuchung der Haushaltsdaten im Interesse der Vergleichbarkeit der Haushaltsindikatoren auf Kassenbasis und auf Periodengrenzbasis verbessert wird.

Polen

Polen ist das einzige Mitglied der EU, welches auch 2009 positive Wachstumszahlen verzeichnet hat. Das gesamtstaatliche Haushaltsdefizit liegt dennoch 2009 deutlich über dem Referenzwert des Maastrichtvertrages und auch 2010 und 2011 soll es bei 7,6 Prozent des BIP stagnieren. Die im Programm geplanten Maßnahmen zur Reduzierung des Defizits werden erst am Ende des Zeitraums wirksam. Der gesamtstaatliche Schuldenstand erhöht sich laut EU-Kommission auf fast 60 Prozent des BIP in 2011.

Polen wird vom Rat aufgefordert: i) den Haushalt 2010 rigoros umzusetzen, die Planungen für die laufenden Primärausgaben wann immer möglich zu unterschreiten und

unerwartete Einnahmen für den Defizitabbau zu nutzen; ii) die für 2011 vorgesehene Haushaltsanpassung zu verstärken, um die durchschnittliche jährliche Konsolidierungsanstrengung von 1,25 Prozent des BIP gemäß der Empfehlung nach Artikel 104 Absatz 7 EGV zu erreichen, und darauf vorbereitet sein, 2011 und 2012 weitere Konsolidierungsmaßnahmen zu ergreifen, falls die Risiken, die aus der Tatsache resultieren, dass dem Programm ein optimistischeres Szenario zugrunde liegt als der Empfehlung nach Artikel 104 Absatz 7 EGV, tatsächlich eintreten; iii) den finanzpolitischen Rahmen weiter verstärken und zu diesem Zweck u. a. eine Ausgabenregel einzuführen, die einen größeren Teil der gesamtstaatlichen Primärausgaben abdeckt als die im Konvergenzprogramm präsentierte „befristete“ Regel und angemessene Überwachungs- und Durchsetzungsmechanismen vorsieht. Dazu wäre es erforderlich, den Anteil der obligatorischen Ausgaben an den Gesamtausgaben zu senken.

Rumänien

Rumänien wurde laut EU-Kommission im Jahr 2009 deutlich von der Krise getroffen. Allerdings reflektiert das Haushaltsdefizit von 6,8 Prozent des BIP in 2010 nicht nur den Wachstumseinbruch, sondern auch die expansive rumänische Fiskalpolitik während des Wirtschaftsaufschwungs zwischen 2002 und 2008. Auf Grund der fiskalischen Konsolidierungsaufgaben der Zahlungsbilanzhilfe vom Mai 2009 wird ab 2011 mit einer Reduktion gerechnet. Der gesamtstaatliche Schuldenstand bewegt sich laut EU-Kommission mit 31,3 Prozent des BIP in 2011 deutlich unter dem Referenzwert des Maastricht-Vertrages.

Rumänien wird vom Rat aufgefordert: i) die finanzpolitischen Konsolidierungsmaßnahmen für 2010, die als Teil des Zahlungsbilanzhilfeprogramms vereinbart wurden, rigoros umzusetzen und gegebenenfalls weitere Korrekturmaßnahmen zu ergreifen, um das Ziel für das öffentliche Defizit 2010 zu erreichen. Die rumänische Regierung wird zudem aufgefordert, im Zusammenhang mit dem bis Ende Mai 2010 zu erstellenden mittelfristigen Haushaltsrahmen die finanzpolitischen Konsolidierungsmaßnahmen zu präzisieren, die notwendig sind, um die Haushaltsziele des Programms in den Jahren 2011 und 2012 zu erreichen; ii) den finanzpolitischen Rahmen durch Verabschiedung und Umsetzung des Gesetzes über die Haushaltszuständigkeit zu verbessern und insbesondere die Analysen des Finanzrates bei der Aufstellung und Durchführung der Haushaltspolitik zu berücksichtigen; iii) den Entwurf des Rentengesetzes, das signifikant zur Verbesserung der langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen beitragen würde, zu verabschieden und umzusetzen.

Schweden

Nachdem Schweden lange Zeit ein nachhaltig positives Wachstum zu verzeichnen hatte, wurde in 2009 ein deutlicher Einbruch verzeichnet. Die schwedische Haushaltslage ist dank der hohen Überschüsse, die in Zeiten günstiger Konjunktur gebildet wurden, unverändert gut. Die

Defizitquote und die gesamtstaatliche Schuldenquote sind unter dem jeweiligen Referenzwert des Maastricht-Vertrages.

Schweden wird vom Rat aufgefordert: i) die Finanzpolitik 2010 wie geplant in Einklang mit dem Europäischen Konjunkturprogramm umzusetzen und gleichzeitig darauf hinzuwirken, dass die Überschreitung des BIP-Referenzwerts von 3 Prozent vermieden wird; ii) sicherzustellen, dass die im Programm projizierte nominale Haushaltskorrektur erforderlichenfalls durch zügige Verabschiedung von Konsolidierungsmaßnahmen erreicht wird, um zu gewährleisten, dass die für die späteren Programmjahre vorgesehene Konsolidierung der Staatsfinanzen nicht gefährdet wird, wenn das Wachstum schwächer ausfallen sollte als erwartet, und Fortschritte in Richtung des mittelfristigen Ziels sicherzustellen.

Tschechische Republik

Nach einem deutlichen Einbruch des Wirtschaftswachstums in 2009 rechnet die EU-Kommission für 2010 in der Tschechischen Republik mit einem weiterhin geringen Wachstum von 0,8 Prozent. Das öffentliche Defizit stagniert bis 2011 bei 5,7 Prozent des BIP und liegt damit über dem Referenzwert des Maastricht-Vertrages. Der gesamtstaatliche Schuldenstand erhöht sich laut EU-Kommission bis 2011 weiter auf voraussichtlich 44 Prozent des BIP.

Die Tschechische Republik wird vom Rat aufgefordert: i) den Haushalt 2010 rigoros auszuführen und Ausgabenüberschreitungen zu vermeiden; gemäß der Empfehlung des Rates nach Artikel 126 Absatz 7 im Rahmen der Haushalte 2011 und 2012 eine umfangreichere Haushaltsanpassung anzustreben als im Programm geplant und die Maßnahmen, die zur Korrektur des übermäßigen Defizits bis spätestens 2013 erforderlich sind, ausführlicher darzulegen, ii) Maßnahmen zu ergreifen, um die Haushaltsverfahren zu verbessern und die mittelfristigen Haushaltsziele durchzusetzen und rigoroser zu überwachen; insbesondere Aufwärtskorrekturen der Ausgabenobergrenzen über das nach den Haushaltsregeln zulässige Maß hinaus zu vermeiden, iii) die nötigen Reformen durchzuführen, um die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu verbessern.

Ungarn

Trotz der drastischen Schrumpfung der Wirtschaft in 2009 konnte das Haushaltsdefizit stabilisiert werden. Das wirtschaftspolitische Programm des internationalen finanziellen Hilfspakets, das unter anderem einen Kredit der Europäischen Union in Höhe von 6,5 Mrd. Euro umfasst, sieht eine Fortführung der haushaltspolitischen Konsolidierungsstrategie vor. Es wird davon ausgegangen, dass der gesamtstaatliche Schuldenstand bis 2010 noch steigt und ab 2011 wieder zurückgeht.

Der Rat fordert Ungarn auf: i) sicherzustellen, dass das Defizitziel 2010 von 3,8 Prozent des BIP durch eine strenge Ausgabenkontrolle sowie das mögliche Einfrieren der Haushaltsreserven und falls nötig eine Kürzung der Eventualausgaben erreicht wird; ii) die Maßnahmen kon-

kret zu benennen, mit denen die Haushaltsziele ab 2011 erreicht werden sollen, und bereit zu sein, die finanzpolitischen Anstrengungen für den Fall zu verstärken, dass Risiken eintreten, die sich aus dem Umstand ergeben, dass dem Programm ein günstigeres Szenario zugrunde liegt als der Empfehlung nach Artikel 104 Absatz 7 EGV, um sicherzustellen, dass das Defizit 2011 unter 3 Prozent des BIP gesenkt wird; die Strategie für 2012 deutlich zu stärken, um eine Anpassung an das mittelfristige Ziel im Einklang mit den Anforderungen des Stabilitäts- und Wachstumspakts zu gewährleisten; iii) die Qualität der öffentlichen Finanzen zu verbessern, indem es für 2011 einen dem finanzpolitischen Rahmen in Gänze entsprechenden Haushalt erstellt und verabschiedet sowie die Ausgabenzurückhaltung durch eine weitere Reform der öffentlichen Verwaltung und auf die Situation von Verlustunternehmen abzielende strukturelle Reformen fördert.

Vereinigtes Königreich

Mit der Krise des Finanzsektors und dem Platzen der Immobilien- und Kreditblase erfuhr das Vereinigte Königreich die schlimmste Rezession seit über 50 Jahren. Das gesamtstaatliche Defizit wird laut EU-Kommission nach 12,6 Prozent des BIP in 2009 im Jahr 2010 auf -12,0 Prozent des BIP steigen. In der Koalitionsvereinbarung der neuen britischen Regierung genießt die Haushaltskonsolidierung absolute Priorität. Die Schuldenquote, die 2007/08 bei annähernd 40 Prozent des BIP lag, soll laut EU-Kommission bis 2011 auf über 88 Prozent des BIP ansteigen.

Das Vereinigte Königreich wird vom Rat aufgefordert: i) jegliche weitere Maßnahmen, die im Haushaltsjahr 2010/2011 zu einer Verschlechterung der öffentlichen Finanzen beitragen, zu vermeiden, im Falle eines schwächeren Wirtschaftswachstums als im Programm vorgesehen das öffentliche Defizit 2010/2011 einzudämmen und höchstens auf den im Programm vom Januar 2010 projizierten Stand ansteigen zu lassen, falls Risiken aufgrund des im Vergleich zur Empfehlung nach Artikel 126 Absatz 7 AEUV optimistischeren makroökonomischen Szenarios des Programms tatsächlich eintreten, ii) eine ehrgeizigere Verringerung des öffentlichen Defizits anzustreben und dieses – u. a. durch Beschleunigung der geplanten Haushaltsanpassung ab 2011/2012 im Einklang mit der Empfehlung des Rates gemäß Artikel 126 Absatz 7 – bis spätestens 2014/2015 unter den im Vertrag vorgesehenen Referenzwert von 3 Prozent des BIP zurückzuführen; jede weitere Gelegenheit, die sich u. a. auf Grund unerwartet günstiger Wirtschafts- und Marktbedingungen bietet, für eine raschere Senkung der Bruttoschuldenquote in Richtung auf den Referenzwert von 60 Prozent des BIP zu nutzen und dadurch auch die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu verbessern, iii) im Jahr 2010 detaillierte Ausgabenplafonds für die einzelnen Ressorts zur Untermauerung der Gesamtausgabenprojektionen in mindestens den drei Jahren nach 2010/2011 zu veröffentlichen und iv) die im Programm für operative Effizienz (OEP) und in anderen Initiativen zur Verbesserung der Kostenwirksamkeit beschriebenen Maßnahmen zur Ermöglichung von Einsparungen dank mehr Ausgabeneffizienz umzusetzen.

V Stabilitäts- und Konvergenzprogramme 2009/2010 im Überblick

2009/2010 (1 von 4)															
Länder	BIP-Wachstum [in v. H.]					Finanzierungssaldo [in v. H. des BIP]					Struktureller Finanzierungssaldo* [in v. H. des BIP]				
	2009	2010	2011	2012	2013	2009	2010	2011	2012	2013	2009	2010	2011	2012	2013
1. Gruppe: Staaten des Euroraums - Stabilität															
Deutschland															
SP Jan. 2010	-5,0	1,4	2	2	2	-3,2	-5 1/2	-4 1/2	-3 1/2	-3	-1,8	-4,4	-3,9	-3,0	-2,3
KOM Nov. 2009	-5,0	1,2	1,7			-3,4	-5,0	-4,6			-1,9	-3,6	-3,5		
Belgien															
SP Jan. 2010	-3,1	1,1	1,7	2,2		-5,9	-4,8	-4,1	-3,0		-3,8	-3,4	-2,9	-2,2	
KOM Nov. 2009	-2,9	0,6	1,5			-5,9	-5,8	-5,8			-4,2	-4,4	-4,5		
Frankreich**															
SP Jan. 2010	-2,3	1,4	2,5	2,5	2,5	-7,9	-8,2	-6,0	-4,6	-3,0	-6,5	-6,8	-4,9	-4,0	-2,8
KOM Nov. 2009	-2,2	1,2	1,5			-8,3	-8,2	-7,7			-7,0	-6,6	-6,5		
Italien															
SP Jan. 2010	-4,8	1,1	2,0	2,0		-5,3	-5,0	-3,9	-2,7		-3,8	-3,3	-2,7	-1,9	
KOM Nov. 2009	-4,7	0,7	1,4			-5,3	-5,3	-5,1			-3,7	-3,7	-3,7		
Spanien															
SP Jan. 2010	-3,6	-0,3	1,8	2,9	3,1	-11,4	-9,8	-7,5	-5,3	-3,0	-9,9	-7,9	-6,1	-4,6	-2,9
KOM Nov. 2009	-3,7	-0,8	1,0			-11,2	-10,1	-9,3			-9,3	-8,5	-8,1		
Niederlande															
SP Jan. 2010	-4	1,5	2	2		-4,9	-6,1	-5,0	-4,5		-3,8	-4,8	-3,9	-3,5	
KOM Nov. 2009	-4,5	0,3	1,6			-4,7	-6,1	-5,6			-3,6	-4,4	-4,3		
Griechenland															
SP Jan. 2010	-1,2	-0,3	1,5	1,9	2,5	-12,7	-8,7	-5,6	-2,8	-2,0	-11,4	-7,9	-4,4	-1,9	-1,5
KOM Nov. 2009	-1,1	-0,3	0,7			-12,7	-12,2	-12,8			-11,7	-7,8	-4,5	-1,9	-1,5
Portugal															
SP Jan. 2010	-2,7	0,7	0,9	1,3	1,7	-9,3	-8,3	-6,6	-4,6	-2,8	-8,3	-7,5	-5,9	-4,1	-2,5
KOM Nov. 2009	-2,9	0,3	1,0			-8,0	-8,0	-8,7			-6,6	-6,7	-7,5		
Österreich															
SP Jan. 2010	-3,4	1,5	1,5	1,9	2,0	-3,5	-4,7	-4,0	-3,3	-2,7	-2,7	-3,9	-3,3	-2,7	-2,2
KOM Nov. 2009	-3,7	1,1	1,5			-4,3	-5,5	-5,3			-3,3	-4,3	-4,0		
Finnland															
SP Jan. 2010	-7,6	0,7	2,4	3,5	3,0	-2,2	-3,6	-3,0	-2,3	-1,9	0,3	-0,9	-1,0	-1,2	-1,3
KOM Nov. 2009	-6,9	0,9	1,6			-2,8	-4,5	-4,3			-0,5	-2,2	-2,4		
Irland															
SP Jan. 2010	-7,5	-1,3	3,3	4,5	4,3	-11,7	-11,6	-10,0	-7,2	-4,9	-9,3	-9,2	-8,2	-6,3	-4,7
KOM Nov. 2009	-7,5	-1,4	2,6			-12,5	-14,7	-14,7			-10,1	-11,5	-12,5		
Luxemburg															
SP Jan. 2010	-3,9	2,5	3,0	2,7	2,9	-1,1	-3,9	-5,0	-4,6	-4,3	0,9	-2,2	-3,6	-3,4	-3,3
KOM Nov. 2009	-3,6	1,1	1,8			-2,2	-4,2	-4,2			-0,3	-2,0	-1,8		
Slowakei															
SP Jan. 2010	-5,7	1,9	4,1	5,4		-6,3	-5,5	-4,2	-3,0		-6,0	-4,7	-3,3	-2,7	
KOM Nov. 2009	-5,8	1,9	2,6			-6,3	-6,0	-5,5			-6,2	-5,4	-4,6		
Slowenien															
SP Jan. 2010	-7,3	0,9	2,5	3,7	3,5	-5,7	-5,7	-4,2	-3,1	-1,6	-4,2	-4,0	-2,8	-2,4	-1,6
KOM Nov. 2009	-7,4	1,3	2,0			-6,3	-7,0	-6,9			-4,7	-5,4	-5,6		
Malta															
SP Jan. 2010	-2,0	1,1	2,3	2,9		-3,8	-3,9	-2,9	-2,8		-3,2	-3,5	-2,8	-3,3	
KOM Nov. 2009	-2,2	0,7	1,6			-4,5	-4,4	-4,3			-4,3	-4,1	-4,4		
Zypern															
SP Jan. 2010	-1,7	0,5	1,5	3,0	3,2	-6,1	-6,0	-4,5	-3,4	-2,5	-5,6	-5,2	-3,6	-2,9	-2,3
KOM Nov. 2009	-0,7	0,1	1,3			-3,5	-5,7	-5,9							
Euro-Zone															
KOM Nov. 2009	-4,0	0,7	1,5			-6,4	-6,9	-6,5							
EU27															
KOM Nov. 2009	-4,1	0,7	1,6			-6,9	-7,5	-6,9							

* Einmalmaßnahmen und andere befristete Maßnahmen sind nicht herausgerechnet worden. Die hier verwendeten Daten wurden von der KOM auf Grund anderer Daten aus der Herbstprognose errechnet, deren Bestandteil sie jedoch nicht sind.

** Frankreich hat in seinem Programm kein Basis-Szenario entworfen, sondern nur je ein Szenario für das niedrigste bzw. das höchste Wachstum.

Die Daten zu den Stabilitäts- (SP) und Konvergenzprogrammen (CP) wurden den Ratsstellungnahmen zu den einzelnen Staaten entnommen.

2009/2010 (2 von 4)															
Länder	Primärsaldo [in v. H. des BIP]					Bruttostaatsschulden [in v. H. des BIP]					Verbraucherpreise [in v. H.]				
	2009	2010	2011	2012	2013	2009	2010	2011	2012	2013	2009	2010	2011	2012	2013
Deutschland															
SP Jan. 2010	-0,6	-3	-2	- 1/2	1/2	72 1/2	76 1/2	79 1/2	81	82	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.
KOM Nov. 2009	-0,6	-2,2	-1,7			73,1	76,7	79,7			0,3	0,8	1,0		
Belgien															
SP Jan. 2010	-2,3	-1,1	-0,4	0,8		97,9	100,6	101,4	100,6		0,0	1,5	1,7	1,8	
KOM Nov. 2009	-2,0	-1,8	-1,7			97,2	101,2	104,0			0,0	1,3	1,5		
Frankreich**															
SP Jan. 2010	-5,4	-5,5	-3,2	-1,7	-0,1	77,4	83,2	86,1	87,1	86,6	0,1	1,3	1,6	1,8	1,8
KOM Nov. 2009	-5,5	-5,4	-4,7			76,1	82,5	87,6			0,1	1,1	1,4		
Italien															
SP Jan. 2010	-0,5	-0,1	1,3	2,7		115,1	116,9	116,5	114,6		0,8	1,5	2,0	2,0	
KOM Nov. 2009	-0,5	-0,6	0,1			114,6	116,7	117,8			0,8	1,8	2,0		
Spanien															
SP Jan. 2010	-9,6	-7,7	-4,9	-2,3	0,1	55,2	65,9	71,9	74,3	74,1	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.
KOM Nov. 2009	-9,4	-7,6	-6,3			54,3	66,3	74,0			-0,4	0,8	2,0		
Niederlande															
SP Jan. 2010	-2,5	-3,7	-2,6	-2,0		62,2	67,4	69,6	72,5		1	1	1	1	
KOM Nov. 2009	-2,3	-3,7	-3,1			59,8	65,6	69,7			1,1	0,9	1,2		
Griechenland															
SP Jan. 2010	-7,7	-3,5	-0,2	2,6	3,2	113,4	120,4	120,6	117,7	113,4	1,2	1,4	1,9	1,8	1,8
KOM Nov. 2009	-7,7	-6,6	-6,7			112,6	124,9	135,4			1,2	1,4	2,1		
Portugal															
SP Jan. 2010	-6,4	-5,1	-2,8	-0,6	1,3	77,2	86,0	89,4	90,7	89,8	-0,9	0,8	1,9	1,9	2,0
KOM Nov. 2009	-5,0	-4,9	-5,2			77,4	84,6	91,1			-1,0	1,3	1,4		
Österreich															
SP Jan. 2010	-0,7	-1,8	-1,2	-0,4	0,2	66,5	70,2	72,6	73,8	74,3	0,4	1,3	1,5	1,8	1,9
KOM Nov. 2009	-1,4	-2,5	-2,1			69,1	73,9	77,0			0,5	1,3	1,6		
Finnland															
SP Jan. 2010	-0,8	-2,3	-1,2	-0,2	0,4	41,8	48,3	52,2	54,4	56,4	1,7	1,8	1,7	2,0	2,0
KOM Nov. 2009	-1,4	-3,1	-2,9			41,3	47,4	52,7			1,8	1,6	1,5		
Irland															
SP Jan. 2010	-9,6	-8,8	-6,6	-3,4	-1	64,5	77,9	82,9	83,9	83,3	-1,7	-1,2	1,0	1,7	1,8
KOM Nov. 2009	-10,2	-11,3	-10,6			65,8	82,9	96,2			-1,5	-0,6	1,0		
Luxemburg															
SP Jan. 2010	-0,5	-3,3	-4,3	-3,7	-3,3	14,9	18,3	23,9	29,3	34,1	4,1	0,0	2,1	1,8	
KOM Nov. 2009	-1,6	-3,6	-3,6			15,0	16,4	17,7			0,0	1,8	1,7		
Slowakei															
SP Jan. 2010	-4,5	-3,6	-2,3	-1,1		37,1	40,8	42,5	42,2		1,2	2,6	3,7	4,1	
KOM Nov. 2009	-5,0	-4,7	-4,1			34,6	39,2	42,7			1,1	1,9	2,5		
Slowenien															
SP Jan. 2010	-4,6	-3,9	-2,3	-1,1	0,4	34,4	39,6	42,0	42,7	42,1	1,0	1,5	2,5	2,7	2,7
KOM Nov. 2009	-4,8	-5,1	-4,9			35,1	42,8	48,2			0,9	1,7	2,0		
Malta															
SP Jan. 2010	-0,5	-0,6	0,3	0,4		66,8	68,6	68,0	67,3		1,8	1,7	2,0	2,0	
KOM Nov. 2009	-1,2	-1,2	-1,0			68,5	70,9	72,5			2,0	2,0	2,2		
Zypern															
SP Jan. 2010	-3,6	-3,7	-2,1	-1,0	0,1	56,2	61,0	63,2	63,1	62,3	0,2	2,7	2,0	2,0	2,0
KOM Nov. 2009	-1,4	-3,6	-3,7			53,2	58,6	63,4			0,8	3,1	2,5		
Euro-Zone															
KOM Nov. 2009	-3,4	-3,7	-3,1			78,2	84	86,2			0,3	1,1	1,5		
EU27															
KOM Nov. 2009	-4,2	-4,5	-3,7			73	79,3	83,7			1,0	1,3	1,6		

* Einmalmaßnahmen und andere befristete Maßnahmen sind nicht herausgerechnet worden. Die hier verwendeten Daten wurden von der KOM auf Grund anderer Daten aus der Herbstprognose errechnet, deren Bestandteil sie jedoch nicht sind.

** Frankreich hat in seinem Programm kein Basis-Szenario entworfen, sondern nur je ein Szenario für das niedrigste bzw. das höchste Wachstum.

Die Daten zu den Stabilitäts- (SP) und Konvergenzprogrammen (CP) wurden den Ratsstellungnahmen zu den einzelnen Staaten entnommen.

2009/2010 (3 von 4)											Struktureller Finanzierungssaldo*				
Länder	BIP-Wachstum [in v. H.]					Finanzierungssaldo [in v. H. des BIP]					Finanzierungssaldo* [in v. H. des BIP]				
	2009	2010	2011	2012	2013	2009	2010	2011	2012	2013	2009	2010	2011	2012	2013
Vereinigtes Königreich															
CP Jan. 2010	-3,5	2,0	3,3	3,3	3,3	-10,5	-9,1	-5,7	-3,7	-1,8	-10,5	-10,3	-8,0	-6,8	-5,5
KOM Nov. 2009	-4,6	0,9	1,9			-12,6	-12,0	-9,1	-7,3	-5,7					
Schweden															
CP Jan. 2010	-5,2	0,6	3,1	3,8		-2,2	-3,4	-2,1	-1,1		0,3	-1,3	-1,5	-2,1	
KOM Nov. 2009	-4,6	1,4	2,1			-2,1	-3,3	-2,7			0,3	-1,0	-0,7		
Dänemark															
CP Jan. 2010	-4,3	1,3	1,6	2,0	2,3	-2,9	-5,3	-4,1	-3,1	-1,8	1,4	-1,1	-1,0	-0,8	-0,3
KOM Nov. 2009	-4,5	1,5	1,8			-2,0	-4,8	-3,4							
Tschechische Republik															
CP Jan. 2010	-4,0	1,3	2,6	3,8		-6,6	-5,3	-4,8	-4,2		-6,1	-4,1	-3,7	-3,5	
KOM Nov. 2009	-4,8	0,8	2,3			-6,6	-5,5	-5,7			-6,3	-4,7	-4,9		
Ungarn															
CP Jan. 2010	-6,7	-0,3	3,7	3,8		-3,9	-3,8	-2,8	-2,5		-1,6	-1,5	-1,5	-2,5	
KOM Nov. 2009	-6,5	-0,5	3,1			-4,1	-4,2	-3,9			-2,1	-2,1	-3,0		
Lettland															
CP Jan. 2010	-18,0	-4,0	2,0	3,8		-10,0	-8,5	-6,0	-2,9		-7,6	-5,5	-3,9	-1,8	
KOM Nov. 2009	-18,0	-4,0	2,0			-9,0	-12,3	-12,2			-7,0	-10,2	-10,2		
Litauen															
CP Jan. 2010	-15,0	1,6	3,2	1,2		-9,1	-8,1	-5,8	-3,0		-7,2	-6,8	-4,8	-2,3	
KOM Nov. 2009	-18,1	-3,9	2,5			-9,8	-9,2	-9,7			-8,0	-7,0	-7,5		
Estland															
CP Jan. 2010	-14,5	-0,1	3,3	3,7	4,0	-2,6	-2,2	-2,0	-1,0	0,2	-1,1	-1,5	-0,9	-0,1	0,4
KOM Nov. 2009	-13,7	-0,1	4,2			-3,0	-3,2	-3,0			-2,5	-2,4	-1,9		
Rumänien															
CP Jan. 2010	-7,0	1,3	2,4	3,7		-8,0	-6,3	-4,4	-3,0		-7,5	-5,2	-3,2	-2,1	
KOM Nov. 2009	-8,0	0,5	2,6			-7,8	-6,8	-5,9			-7,1	-5,5	-4,6		
Bulgarien															
CP Jan. 2010	-4,9	0,3	3,8	4,8		-1,9	0,0	0,1	0,1		-0,7	1,9	1,7	1,0	
KOM Nov. 2009	-5,9	-1,1	3,1			-0,8	-1,2	-0,4			0,3	1,0	1,5		
Polen															
CP Jan. 2010	1,7	3,0	4,5	4,2		-7,2	-6,9	-5,9	-2,9		-7,0	-6,2	-5,3	-2,3	
KOM Nov. 2009	1,2	1,8	3,2			-6,4	-7,5	-7,6			-6,4	-6,6	-6,7		
Euro-Zone															
KOM Nov. 2009	-4,0	0,7	1,5			-6,4	-6,9	-6,5							
EU27															
KOM Nov. 2009	-4,1	0,7	1,6			-6,9	-7,5	-6,9							

* Einmalmaßnahmen und andere befristete Maßnahmen sind nicht herausgerechnet worden. Die hier verwendeten Daten wurden von der KOM auf Grund anderer Daten aus der Herbstprognose errechnet, deren Bestandteil sie jedoch nicht sind.

** Frankreich hat in seinem Programm kein Basis-Szenario entworfen, sondern nur je ein Szenario für das niedrigste bzw. das höchste Wachstum.

Die Daten zu den Stabilitäts- (SP) und Konvergenzprogrammen (CP) wurden den Ratsstellungnahmen zu den einzelnen Staaten entnommen.

2009/2010 (4 von 4)															
Länder	Primärsaldo [in v. H. des BIP]					Bruttostaatsschulden [in v. H. des BIP]					Verbraucherpreise [in v. H.]				
	2009	2010	2011	2012	2013	2009	2010	2011	2012	2013	2009	2010	2011	2012	2013
Vereinigtes Königreich															
CP Jan. 2010	-10,5	-9,1	-5,7	-3,7	-1,8	72,9	82,1	88,0	90,9	91,6	2,3	2,0	1,5	1,8	2,0
KOM Nov. 2009	-10,2	-10,3	-8,1			68,6	80,3	88,2			2,0	1,4	1,6		
Schweden															
CP Jan. 2010	-0,9	-2,2	-0,8	0,4		42,8	45,5	45,6	45,2		2,0	0,4	0,6	0,9	
KOM Nov. 2009	-0,8	-2,1	-1,4			42,1	43,6	44,1			1,9	1,7	1,7		
Dänemark															
CP Jan. 2010	-1,3	-3,7	-2,3	-1,2	0,3	38,5	41,8	46,2	48,3	48,1	0,8	2,1	1,5	2,3	2,1
KOM Nov. 2009	-0,5	-3,3	-1,9			33,7	35,3	35,2			1,1	1,5	1,8		
Tschechische Republik															
CP Jan. 2010	-5,3	-3,5	-2,8	-2,0		35,2	38,6	40,8	42,0		0,6	1,8	1,5	1,8	
KOM Nov. 2009	-5,2	-3,9	-4,1			36,5	40,6	44,0			0,6	1,5	1,8		
Ungarn															
CP Jan. 2010	0,5	0,5	1,0	1,2		78,0	79,0	76,9	73,6		4,2	4,1	2,3	2,6	
KOM Nov. 2009	0,2	-0,1	-0,2			79,1	79,8	79,1			4,3	4,0	2,5		
Lettland															
CP Jan. 2010	-8,7	-6,1	-2,7	0,3		34,8	55,1	59,1	56,8		3,5	-3,7	-2,8	0,0	
KOM Nov. 2009	-7,6	-9,9	-8,3			33,2	48,6	60,4			3,5	-3,7	-1,2		
Litauen															
CP Jan. 2010	-7,8	-6,2	-3,6	-0,6		29,5	36,6	39,8	41,0		4,2	-1	1	1,5	
KOM Nov. 2009	-8,4	-7,0	-7,1			29,9	40,7	49,3			3,9	-0,7	1,0		
Estland															
CP Jan. 2010	-2,3	-2,0	-1,7	-0,6	0,7	7,8	10,1	13,0	14,2	14,3	0,2	0,4	1,9	2,3	2,7
KOM Nov. 2009	-2,6	-2,6	-2,3			7,4	10,9	13,2			0,2	0,5	2,1		
Rumänien															
CP Jan. 2010	-6,5	-4,5	-2,6	-1,6		23,0	28,3	29,4	29,7		5,6	3,7	3,2	2,8	
KOM Nov. 2009	-6,2	-5,0	-3,9			21,8	27,4	31,3			5,7	3,5	3,4		
Bulgarien															
CP Jan. 2010	-1,3	0,9	1,0	1,1		14,7	14,6	14,5	14,4		2,5	2,4	2,8	2,8	
KOM Nov. 2009	0,0	-0,3	0,5			15,1	16,2	15,7			2,4	2,3	2,9		
Polen															
CP Jan. 2010	-4,8	-4,2	-3,1	-0,2		50,7	53,1	56,3	55,8		4,0	2,1	2,7	3,2	
KOM Nov. 2009	-3,8	-4,6	-4,6			51,7	57,0	61,3			3,9	1,9	2,0		
Euro-Zone															
KOM Nov. 2009	-3,4	-3,7	-3,1			78,2	84,0	86,2			0,3	1,1	1,5		
EU27															
KOM Nov. 2009	-4,2	-4,5	-3,7			73,0	79,3	83,7			1,0	1,3	1,6		

* Einmalmaßnahmen und andere befristete Maßnahmen sind nicht herausgerechnet worden. Die hier verwendeten Daten wurden von der KOM auf Grund anderer Daten aus der Herbstprognose errechnet, deren Bestandteil sie jedoch nicht sind.

** Frankreich hat in seinem Programm kein Basis-Szenario entworfen, sondern nur je ein Szenario für das niedrigste bzw. das höchste Wachstum.

Die Daten zu den Stabilitäts- (SP) und Konvergenzprogrammen (CP) wurden den Ratsstellungnahmen zu den einzelnen Staaten entnommen.

